

Opfer für die Banken oder Opfer der Banken?

Mag Wompel

Was uns an
der Finanz- und
Wirtschaftskrise
wirklich interessieren
sollte und was not tut

Alle überschlagen sich im Reparaturbetrieb des Kapitalismus, obwohl dieser – gerade deswegen – wunderbar funktioniert: für die Reichen. Auch Linke kritisieren „Missstände“ und wollen das System, zu dem diese gehören, schützen durch Staat, Finanzaufsicht, Knast, Moral, Spaßverbot („Casino schließen“), Wirtschaftswachstum, Regulierung und Zivilisierung. Fördern UND fordern bleibt den Hartz-IVern vorbehalten. Am hilflosesten gebärden sich die Gewerkschaftsführungen mit protektionistischen Konjunkturprogrammen, ersten Tarifkonzessionen und korporatistischer Solidarität mit den Banken, nicht ihren lohnabhängigen Opfern.

„Eine Krise kann jeder Idiot haben. Was uns zu schaffen macht, ist der Alltag.“

(Tschechow)

Das Geld fließt nun mal dorthin, wo die besten Anlagemöglichkeiten winken. Seit den – angeblich ach so Goldenen – 1970er Jahren gab es davon immer mehr und es wollte bessere Profite als die in der Realwirtschaft. Zur Überakkumulation haben Mikroelektronik und Globalisierung, Deregulierung und Prekarisierung

beigetragen. Sozialabbau, Lohnverzicht und Niedriglöhne haben also durchaus ihren Anteil an der aktuellen Krise. Doch auch ohne ständige Reallohnverluste und auch mit (National-) Keynesianismus gibt es keinen „gerechten Lohn“ und keine „gute Arbeit“.

Sicherlich ist die Erpressbarkeit durch die Drohung des Arbeitsplatzverlustes stärker geworden. Doch sind diese Erpressungen von den meisten Lohnabhängigen lieber in Kauf genommen worden, als dass versucht worden wäre, diese Erpressbarkeit durch den Kampf gegen die Hartz-Gesetze zu mildern.

Die nun angeblich skandalöse individuelle Gier hieß früher Profitmaximierung, ist systemimmanent und hat auch die „kleinen“ Zocker an den Fließbändern und die alltäglichen Versicherungs-Optimierer nicht verschont. All das Finanzgeschehen war interessengeleitet und auch unter den Lohnabhängigen breit akzeptiert. An diesen Interessen hat sich nichts geändert. Die aktuelle Vertrauenskrise sollte ihnen endlich die Akzeptanz entziehen.

DER STEUERZAHLER ZAHLT IMMER ALLES,
ob Subventionen oder Kriege, und die

größte Last tragen die Niedrig- bis Durchschnittsverdiener. So lange das funktioniert, funktioniert der Kapitalismus hervorragend. Was wird sich nun also ändern? Wenn die Rettungspakete greifen, wird die Staatsverschuldung (verursacht durch die Reichen!) die Demontage der öffentlichen Dienste sowie den Sozialabbau drastisch beschleunigen (und für diese als Rechtfertigung dienen). Die Krisenentwicklung wird dies aber nicht stoppen können. Wenn sie nicht greifen, wird auch der Arbeitsplatzabbau in der Realwirtschaft drastisch beschleunigt. Eine weitere Umverteilung der Steuerlast von oben nach unten ist so oder so sicher, denn die Erhöhung der Kapitalrentabilität zu Lasten der Lohnabhängigen ist das Ziel jeder Rettungsaktion des Kapitals. So oder so bedeutet daher der Schrei nach dem Staat (wenn es sich nicht gar um moralisierende und bettelnde Appelle handelt), den Bock zum Gärtner zu machen und autoritäre, repressive Krisenszenarien (Bundeswehreinsetzung im Innern) zu akzeptieren.

Der Steuerzahler zahlt immer alles, nur in den seltensten Fällen („faule Erwerbslose“ oder Grundeinkommen) kümmert er sich darum, was mit diesem meist hart erarbeiteten Geld geschieht.

UNSERE RETTUNG, NICHT DIE DER BANKEN! Natürlich liegt die Stabilisierung dieses Finanzwesens nicht im gesellschaftlichen Interesse, natürlich ist das bedingungslose Bankenrettungspaket ein Skandal, natürlich ist es eine Ohrfeige für alle Eltern schulpflichtiger Kinder und für alle Hartz-IV-Empfängerinnen – letztere kosten lediglich 23 Milliarden Euro jährlich... Doch wer den vorgeblichen Sachzwang und Finanzierungsvorbehalt akzeptierte und immer noch akzeptiert, kann nun nicht anders als moralisch anzuprangern, verarscht worden zu sein – und sich weiterhin verarschen zu lassen. Wir sitzen eben nicht im gleichen Boot. Die letzten 20 Jahre hätten es eigentlich jedem zeigen müssen: Geht es den Unternehmern gut, geht es uns noch lange nicht gut.

Nicht die Wirtschaft braucht die Befreiung von der Existenznot, die Menschen brauchen sie. 500 Milliarden (weltweit bereits über 3 Billionen) Euro an die Ban-

ken? Warum nicht für die Opfer der Banken? Warum nicht an alle durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, das von Zwang, Angst und Not befreit?

Anstatt immer noch die Realwirtschaft undifferenziert und maßlos gegenüber dem „fiktiven Kapital“ überzubewerten, sollte diese lieber einer ebenso strengen Analyse unterzogen werden wie nun (angeblich) das Finanzsystem. Zur Realwirtschaft gehört die tägliche Überausbeutung, krankmachende Arbeitsbedingungen und Erniedrigung – egal, ob es sich dabei um Autos, Rüstungsgüter oder Sozialschnüffler handelt. Die einzige Realwirtschaft, um deren Erhalt wir uns sorgen müssten, existiert kaum bis gar nicht: die international gerechte, humane und ökologische Herstellung von Produkten und Dienstleistungen, die wir brauchen, um unsere tägliche Not zu stillen und gemeinsam Spaß zu haben. Ohne Rücksicht auf Sachzwänge des ausbeuterischen Systems, ohne Rücksicht auf die Finanzierbarkeit, ohne den Umweg über die zuerst in Form der Binnennachfrage zu rettende „Realwirtschaft“, die tagtäglich dafür sorgt, dass unsere Not eben nicht gelindert wird. Die Bänder bei Opel, Daimler etc. stehen still – erste Vorboten einer dramatischen Krise oder endlich ein Schritt zu Klimaschutz und „guter Arbeit“?

Menschen brauchen Güter und Infrastruktur, sie brauchen weder Geld noch Lohnarbeit, noch eine „Realwirtschaft“, die sich um diese Bedürfnisse nicht kümmert und keine Produktionsweise, die diesen Bedürfnissen entgegensteht. Dieser aktuelle Sachzwang ist also nicht unserer. Unsere – solidarischen – Bedürfnisse sind unser Sachzwang. Schon möglich, dass eine Revolution nicht auf der Tagesordnung steht (und eine solche, die eine Verelendung als Voraussetzung hat, wäre keine emanzipatorische). Übersetzt man aber „Revolution“ wörtlich, dann steht just dies an: die Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Denn unser Sachzwang heißt: internationaler Widerstand und politische Streiks.

Die Autorin ist Soziologin, freie Journalistin und verantwortlich für LabourNet Germany (www.labournet.de)

editorial

LP21-Heft 4 liegt vor. Ein Jahr Lunapark21 liegt hinter uns. Heft 1 vom Februar 2008 hatte bereits den Titel „Vor-sicht Konjunkturschlag!“ und Heft 3 titelte mit „Welt & Wirtschaft unterm Hammer“. Dennoch konnten wir noch beim letzten Heft (das Ende August abgeschlossen wurde) die Tiefe der neuen Krise und einen Bankenkrach erst andeuten (Lars Petersen tippte in Heft 3 bereits auf eine kommende Lehman Brother-Pleite; S. 9).

Der Charakter der Krise – einige LP21-Autoren sprechen von einer neuen Weltwirtschaftskrise – legte es nahe, Heft 4 weitgehend diesem Thema zu widmen. Wir haben daher auf einige Ressorts ganz verzichtet oder diese stark reduziert. Das gilt auch für die Seiten mit „Hau den Lukas“ und kurzen Meldungen, von denen es in diesem Heft nur drei (statt fünf bis sieben) gibt. Dennoch fehlen einige Krisen-Themen; zur Lage der weltweiten Autoindustrie (siehe S. 16) ist eine umfassende Analyse über unsere website abrufbar: www.lunapark21.com.

Zusammenarbeit: Das Thema „Alternativen“ wird in diesem Heft nur knapp angegangen (S. 2/3 u. 6/7). Heft 5 / Frühjahr 2009 wird dazu einen Schwerpunkt haben, voraussichtlich gemeinsam erarbeitet mit dem linksgewerkschaftlichen Zusammenschluss „Denknetz“ in der Schweiz. Wir bedanken uns bei Mike Davis in San Diego, USA, für die unkomplizierte Zusammenarbeit („Lunapark arrived today – wonderful!“).

Winfried Wolf

Veranstaltungen, auf denen LP21 vor Ort vorgestellt wird: München (zusammen mit isw) 19.1., Mannheim 20.1., Köln 26.1., Stuttgart 18.2. und Salzburg 19.2.